

- Es sollen auch Stiche sein.

Frau Ministerin, wenn das GTK so eine gute Grundlage für die Förderung von Kindern ist, möchte ich Sie fragen, warum Sie das GTK infrage stellen und es einen Kabinettsbeschluss gibt, zum Jahre 2006/2007 das GTK um die Förderhöhe der demographischen Entwicklung anzupassen und die Förderverfahren zu vereinfachen, will sagen, in diesem Bereich insgesamt zu einer ganz anderen Förderstruktur zu kommen.

Ich komme zu den willkürlich herausgegriffenen 100 Einrichtungen.

(Zuruf von Ministerin Ute Schäfer)

- Entschuldigen Sie, wir wollen einmal bei der Wahrheit bleiben.

(Ministerin Schäfer: Bitte?)

- Sie haben gefragt, warum diese Einrichtungen willkürlich herausgegriffen werden sollen. Entgegenhalten muss ich Ihnen: Bei der wissenschaftlichen Untersuchung der offenen Ganztagschule haben Sie - ohne repräsentative Verfahren anzuwenden - 25 von 690 Schulen herausgegriffen. An der Stelle würde Ihr Einwand doch auch gelten.

Herr Präsident, meine letzte Anmerkung: Die Landesregierung hat mit Bezug auf dieses Brandenburger Modell, das ich Ihnen einmal im Wege einer kleinen Anfrage vorgelegt habe, ausgeführt: Qualitätswettbewerbe können ein Instrument sein, die Qualität eines Angebotes weiter zu entwickeln. Das steht in Drucksache 13/4864.

Ich stelle mir die Frage: Wie kann diese Aussage in Übereinstimmung gebracht werden mit dem sozialdemokratischen Prachtvokabular, das Sie hier eben vorgetragen haben?

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Lindner. - Frau Ministerin, wünschen Sie noch einmal das Wort? - Bitte sehr.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Nur um einer Legendenbildung vorzubeugen: Es gibt keinen Kabinettsbeschluss über eine Änderung des GTK. Richtig ist aber, dass wir zurückgehende Kinderzahlen in den Tageseinrichtungen haben. Richtig ist auch, dass wir mit dem Finanzminister Gespräche über die Finanzierung dieser Einrichtungen führen müssen.

Ich möchte es aber noch einmal deutlich unterstreichen: Einen Kabinettsbeschluss gibt es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir die Beratung schließen und zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/5545 an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.** Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen.**

Wir kommen zu:

10 Erstellung eines Teilberichtes gemäß § 24 Abs. 4 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtages Nordrhein-Westfalen (PUAG) durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss I zu II.3 des Antrages Drucksache 13/4062

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5553

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen, sodass wir damit unmittelbar zur Abstimmung kommen.

Die Antragstellerinnen haben direkte Abstimmung beantragt. Ich lasse deshalb jetzt über den Inhalt des Antrages abstimmen. Wer dem Inhalt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der **Antrag Drucksache 13/5553** einstimmig **angenommen.**

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

11 Gesetz zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland (Lotteriestaatsvertrag - LoStV) und dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5365

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 13/5495

zweite Lesung

Auch hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, heute keine Debatte zu führen, sondern unmittelbar zur Abstimmung zu kommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/5495**, den Gesetzentwurf anzunehmen und damit dem Staatsvertrag zuzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen - Landes-Hafenentsorgungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4579

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung
Drucksache 13/5416

zweite Lesung

Auch hierzu ist eine Debatte nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/5416**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Jetzt folgt Tagesordnungspunkt

13 Veräußerung eines Grundstücks des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 13/2812

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/5501

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, so dass wir direkt zur Abstimmung kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/5501**, in die Veräußerung des in Vorlage 13/2812 näher beschriebenen Grundstücks einzuwilligen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU und FDP **angenommen** und in die Veräußerung eingewilligt worden.

Ich rufe nun auf Tagesordnungspunkt

14 NRW braucht besseren Informations- und Kommunikationsaustausch der Sicherheitsbehörden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5546

Auch hier ist eine Debatte heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen. Wir können deswegen unmittelbar abstimmen.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Antrages Drucksache 13/5546 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturenreform**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe jetzt auf Tagesordnungspunkt

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: Übersicht 38
gemäß § 88 Abs. 2 GesChO